

Vorstand – Sommergespräche – Vorstand

Die 19. Vorstandssitzung ging traditionsgemäß über zwei Tage, unterbrochen von den Sommergesprächen der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) – siehe Abbildung –, hatten doch die Vorstandsmitglieder eine wahre Mammut-Tagesordnung abzuarbeiten: Berichte des Präsidenten und der Vizepräsidenten, Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung, Finanzbericht, Beitragsordnung und Ergebnisse des 61. Bayerischen Ärztetages hießen nur einige der zahlreichen TOPs.



Gesundheits- und Berufspolitik

Präsident

Dr. H. Hellmut Koch gab eine knappe Zusammenfassung der aktuellen Gesundheitspolitik und insbesondere des „Eckpunktepapiers“, das als Grundlage für die Entscheidung des Koalitionsausschusses für die Gesundheitsreform diene. Koch trug auszugsweise die Punkte „neues Vergütungssystem für Ärzte“, „Sicherstellungsauftrag als weiterhin zentrale Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung“ oder „Leistungskatalog von gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV)“ vor. Eine Sonder-Gesundheitsministerkonferenz (GMK) solle darüber hinaus Vorschläge für die Gestaltung eines ordnungspolitischen Rahmens der Krankenhausversorgung nach Auslaufen der Konvergenzphase im Jahr 2008 erarbeiten. Unter anderem solle der Umstieg von einer dualen zu einer monistischen Finanzierung geklärt werden. Koch berichtete über den Dissens zwischen Union und SPD unter anderem bei der Neuregelung der Kostenerstattung. Er äußerte sich enttäuscht über die Vorlage der Eckpunkte. Nach monatelangem Tauziehen entpuppte sich der Reformansatz als „fauler Kompromiss“. Beim Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) gäbe es jedoch „Erfreulicheres für die BLÄK zu berichten“, sagte der Präsident. Im Bundesrat wurde ein Antrag Bayerns angenommen, mit dem der Vorrang des landesrechtlichen Berufsausübungsrechts

Über hundert geladene Gäste waren zum „Sommergespräch 2006“ der Bayerischen Landesärztekammer Ende Juni in den Garten des Ärztehauses Bayern gekommen. Darunter Repräsentanten der gesetzlichen Krankenkassen, der Heilberufe-Kammern und weiterer Institutionen des Gesundheitswesens, der ärztlichen Berufsverbände und der wissenschaftlichen Fachgesellschaften sowie der Medien. Die Vertreter der politischen Parteien und der Ministerien hatten sich allerdings etwas rar gemacht, was vielleicht am zeitgleich stattfindenden WM-Viertelfinalspiel gelegen hatte, das mit deutscher Beteiligung ausgetragen wurde.

klargestellt wird. Deshalb soll die vorgesehene Neufassung des § 95 Absatz 9 Sozialgesetzbuch V (SGB V) um den Passus „soweit landesrechtliche Vorschriften über die Berufsausübung der Ärzte, Zahnärzte oder Psychotherapeuten nicht entgegenstehen“ ergänzt werden. Ähnlich lautende Änderungswünsche beziehen sich auf die §§ 24, 33 der Ärzte-Zulassungsverordnung. „Hintergrund ist eine Passage in dem Gesetzentwurf, der die Länderhoheit aushebelt und damit die Kammern in ihren Grundlagen bedroht“, erklärte Koch. Vor allem durch die Intervention der BLÄK konnte der Vorrang des landesrechtlichen Berufsausübungsrechts klargestellt werden. „Dafür hatten wir uns argumentativ stark gemacht, unterstützt durch das Gutachten von Universitätsprofessor Dr. Christian Pestalozza vom Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin. Dies ist ein ‚Gemeinschaftserfolg‘ vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und BLÄK“, so Koch. Der Präsident berichtete ferner aus der Vorstandssitzung der Bundesärztekammer (BÄK) sowie von der Klausursitzung, die

in Dresden stattfand. Das Thema „Weiterbildungszeiten in Europa“ und die damit verbundene wiederholt erhobene Forderung, die Dauer der Mindestweiterbildung in den einzelnen Qualifikationen der Weiterbildungsordnung auf die in der EU-Richtlinie festgelegten Mindestzeiten zu verringern, sei dort nicht behandelt worden. Diese Mindestweiterbildungszeiten stellten den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ dar, auf den man sich anlässlich der ersten Fassung der Richtlinien Mitte der Siebzigerjahre einigen konnte. „Ich sehe keinen Grund, die Weiterbildungszeiten in Deutschland auf diese niedrigeren Werte anzupassen, da die Weiterbildung in Deutschland gut ist und es EU-Mitgliedstaaten gibt, deren Weiterbildungszeiten teilweise länger als die deutschen sind“, so Koch. Im Übrigen müsse darauf hingewiesen werden, dass für die spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin in der EU-Richtlinie eine Mindestweiterbildungszeit von drei Jahren festgelegt sei und bei einer generellen Anpassung an die EU-Mindestzeiten diese dann selbstverständlich auch für die Allgemeinmedizin gelten müssten. Weiter berichtete der Präsident,

dass im Bundesgesundheitsministerium ein Gespräch zur Anfrage der Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen der Kommission der EU zur Frage der gegenseitigen Anerkennung von Facharzt diplomen in der Inneren Medizin Ende August stattfinden werde. Die Föderalismusdiskussion, die auf Initiative der BLÄK am Rande des Deutschen Ärztetages in Magdeburg angestoßen wurde, sei bei den meisten Landesärztekammern auf positive Resonanz gestoßen. Es wurde eine Arbeitsgruppe installiert, die sich mit der Thematik befasst. Ärzteproteste und Demonstrationen prägten und prägen weiterhin vor allem die (Krankenhaus-)Landschaft, an denen die BLÄK – durch Präsident oder Vizepräsidenten vertreten – teilnahm. Koch erwähnte die Demonstrationen am 19. Mai in Berlin, am 26. Juni in München und verwies auf den Ärzteverbandstag am 19. Juli in München.

Vizepräsident

Vizepräsident Dr. Max Kaplan berichtete über die Präventionskampagne 2006 – Alkohol- und Drogenmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen oder griffiger „Alkopops, Ecstasy & Co – Drogenprävention in der Partyzone“: Auftaktveranstaltung war am 3. Mai in der Heckscher Klinik zum Thema „Alkohol- und Drogenmissbrauch im Jugendalter – Prävention, Früherkennung, Diagnostik und Therapie“ unter Mitwirkung von Minister Dr. Werner Schnappauf. Kaplan verwies auf die lokalen Veranstaltungen in den Kreis- und Bezirksverbänden im Mai, „wobei wir von 14 Ärztlichen Kreisverbänden positive Rückmeldungen bekommen haben, das entspricht knapp einem Viertel unserer Kreisverbände“. Die Abschlussveranstaltung am 28. Juni zum Thema „Alkopops, Ecstasy & Co – Drogenprävention in der Partyzone“, zusammen mit Privatdozent Dr. Dr. Dr. Felix Tretter vom Bezirkskrankenhaus Haar war mit ca. 100 Teilnehmern gut besucht. Kaplan sprach sich für die Fortführung der Präventionskampagne im kommenden Jahr aus und erwähnte auch die Teilnahme der BLÄK an der Aktion „Sonnenschutz ist (k)ein Kinderspiel“ mit einer Auftaktveranstaltung im Kindergarten St. Lorenz in München zusammen mit dem Gesundheitsminister Dr. Werner Schnappauf und der Sozialministerin Christa Stewens. Der Vizepräsident erwähnte auch das 5. Suchtforum, das in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesapothekerkammer, Bayerischer Akademie für Suchtfragen und der BLÄK stattfand, mit dem Thema „Essstörungen – Vorbeugen, Erkennen, Beraten und Behandeln“. Da die Resonanz äußerst positiv ausfiel wurden zwei Veranstaltungen im Ärztehaus Bayern durchgeführt. „Besonders positiv zu erwähnen: die

Anzahl der teilnehmenden Ärzte hat deutlich zugenommen“, so Kaplan. Ferner berichtete der Vize aus Sitzungen des Beirates der Bayerischen Akademie für ärztliche Fortbildung sowie des Vorstandes der Bayerischen Akademie. Wesentliche Themen seien hier das Gütesiegel bzw. Qualitätssiegel für die Inhalte von Fortbildungsveranstaltungen und das dritte Konsultativ-Gespräch der Fortbildungsbeauftragten der Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbände gewesen. Zum Thema „Neue Ausbildungsverordnung Medizinische Fachangestellte“ trug Kaplan die Zahlen über die Ausbildungsplatz- und Beschäftigungssituation bei „Arzthelferinnen“ in Deutschland vor. Derzeit ist hier ein Ausbildungsplatzrückgang von 1,9 Prozent zu verbuchen. 2799 Medizinische Fachangestellte bestehen pro Jahr die Prüfung. Zum Ärzteprotesttag in Berlin am 19. Mai 2006 sagte Kaplan: „Aufhorchen lässt die kritische bis ablehnende Einstellung gegenüber den Körperschaften, insbesondere der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.“ In Bayern fanden in den Regionen ebenfalls vereinzelt Veranstaltungen statt.

Vizepräsident

Dr. Klaus Ottmann berichtete erneut über das Thema „Bachelor- und Masterstudiengänge“ in der Medizin aus Anlass verschiedener Aktivitäten. Insgesamt habe sich das Thema aber inzwischen durch die Verabschiedung des Bayerischen Hochschulgesetzes weitgehend erschöpft. Die Positionen konnten durchaus auch im Interesse der BLÄK besetzt werden. Aus dem Krankenhausplanungsausschuss berichtete Ottmann, dass ein EU-Rechtsverfahren durch die Asklepioskliniken stellvertretend für die privaten Kliniken eingeleitet wurde, da eine Wettbewerbsverzerrung mit den kommunalen Häusern durch den Defizit ausgleich bestünde. In Bayern seien 76 von 200 öffentlichen Krankenhäusern von einem Verlustausgleich der Kommunen betroffen. „Diese Verträge greifen eindeutig in die Strukturen der Krankenhäuser ein“, sagte Ottmann. Nächstes Thema waren die Qualitätsberichte der Krankenhäuser, die vor allem für die Zielgruppe Patienten nicht verwertbar seien. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) habe eine neue Festlegung über die Inhalte der Qualitätsberichte noch in diesem Jahr vor. Eine Arbeitsgruppe der BÄK hat einen Vorschlag zur Neufassung des Qualitätsberichtes erstellt. Die Mindestmengendiskussion sei weiter heftig im Gang. Es zeige sich, dass etwa bei der Festlegung von Mindestmengen, zum Beispiel für Brustzentren, über 50 Prozent der bisher diese Patientinnen versorgenden Krankenhäuser aus der Versorgung ausgeschlossen würden. Ob die verbleibenden großen Kliniken dann alleine die große Zahl der Patientinnen aufnehmen



Sie hätten gern ein Leasing-Angebot?

Klicken Sie ins Internet

BAYERN-LEASING.de
BL BAYERN-LEASING GMBH

**Einfacher finanzieren –
schon ab 5.000 EURO
Investitionssumme**

- ▶ **STARTSEITE**
- ▶ **ÜBER UNS**
- ▶ **FIRMENWAGEN**
- ▶ **TRANSPORTER**
- ▶ **LKW**
- ▶ **MASCHINEN**
- ▶ **MEDIZINISCHE GERÄTE**
- ▶ **LEASINGVORTEILE**
- ▶ **VERTRIEBSLEASING**
- ▶ **STELLENMARKT**
- ▶ **OBJEKTBÖRSE**
- ▶ **UNSER ENGAGEMENT**
- ▶ **KONTAKT**

BAYERN-LEASING.de
BL BAYERN-LEASING GMBH

**Mehr Information
und Beratung**

☎ 089-9455220



können, sei außerdem strittig. Ottmann forderte zum Schluss alle Vorstandsmitglieder ausdrücklich zur Teilnahme an der Demonstration der bayerischen Ärzteschaft am 19. Juli 2006 in München auf.

Aus der Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen berichtete Dr. Wolfgang Schaaf aus der vom Vorstand eingesetzten Widerspruchskommission über die nunmehr anlaufende Befragungsaktion anlässlich der Facharztprüfungen. Er habe dies auch im Ausschuss „Angestellte und beamtete Ärzte“ dargestellt, der dies zum Thema seines Workshops anlässlich des Bayerischen Ärztetages in Straubing machen wolle.

Weiterbildung

Bei den Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung ging es unter anderem um die Richtlinien über den Inhalt der Weiterbildung: Betriebsmedizin, Magnet-Resonanz-Tomographie (MRT) und Nuklearmedizin. Nach einer Einführung des Präsidenten beschloss der Vorstand die vorgelegten Richtlinien über den Inhalt der Weiterbildung der betreffenden Zusatz-Weiterbildungen. Diese Ergänzung der Richtlinien tritt zum 1. Oktober 2006 in Kraft (siehe unter BLÄK amtliches, Seite 423 f.).

Zur Thematik Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung – Listen weiterbildungsbefugter Ärzte in Bayern – lagen insgesamt 81 Neuansträge und Anträge auf Erweiterung vor.

Davon wurde 80 Anträgen voll oder teilweise entsprochen. Ein Antrag wurde abgelehnt.

Es lagen weiterhin 24 Überprüfungen von Weiterbildungsbefugnissen zur Entscheidung vor. Im Rahmen dieser Überprüfung im Hinblick auf die Weiterbildungsordnung 2004 musste auch eine bestehende Weiterbildungsbefugnis nach der Weiterbildungsordnung von 1993 reduziert werden. Den übrigen 23 Überprüfungen im Hinblick auf die neue Weiterbildungsordnung für die Ärzte Bayerns vom 24. April 2004 wurde voll oder teilweise entsprochen (Tabelle).

Finanzen

Ein weiter Tagesordnungspunkt hatte den Finanzbericht und den Rechnungsabschluss 2005 zum Inhalt, der von Dr. Heinz Zabel vorgestellt wurde. Im Anschluss an seine Ausführungen beschloss der Vorstand einstimmig:

- Der vorgelegte Entwurf des Rechnungsabschlusses 2005 der Bayerischen Landesärztekammer, wird vom Vorstand gebilligt und dem 62. Bayerischen Ärztetag in Straubing zur Annahme empfohlen.
- Der vorgelegte Entwurf des Vergleichs über die getätigten Investitionen 2005 der Bayerischen Landesärztekammer wird vom Vorstand gebilligt und dem 62. Bayerischen Ärztetag in Straubing zur Annahme empfohlen.

Ferner wurde die vom Finanzausschuss beschlossene Vorlage des Haushaltsplans 2007 von Zabel referiert. Der Vorstand beschloss nach einer kurzen Diskussion einstimmig für das Geschäftsjahr 2007 den vorgelegten Haushaltsvoranschlag, dem 62. Bayerischen Ärztetag in Straubing zur Annahme zu empfehlen. Auch empfahl der Vorstand dem 62. Bayerischen Ärztetag die Annahme des Investitionshaushaltes 2007.

Beitragsordnung

Im Anschluss daran ging es noch um die anstehende Änderung der Beitragsordnung. Heinz Zabel machte darauf aufmerksam, dass bei der derzeitigen Fassung der Beitragsordnung die Möglichkeit bestehe, dass Ärzte dadurch, dass sie ihre Einkünfte nicht nachweisen und deshalb einen Zwangsbescheid über 3500 Euro erhalten, um die Zahlung eines eigentlich korrekten höheren Beitrages herumkommen können. Nach einer engagierten Diskussion beschloss der Vorstand dem 62. Bayerischen Ärztetag, künftig einen Höchstbeitrag von 5000 Euro vorzuschlagen.

Nach den Finanzen ging es dann um die Nachbearbeitung des 61. Bayerischen Ärztetages, insbesondere um die an den Vorstand gerichteten Beschlüsse und der 62. Bayerische Ärztetag, der in Straubing vom 13. bis 15. Oktober 2006 stattfinden wird, wurde vorbereitet.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

| Beantragte Weiterbildungsbefugnisse 2006 | bis Januar 2006 | | bis März 2006 | | bis Mai 2006 | | bis Juli 2006 | | Insgesamt 2006 | |
|--|-----------------|----------|---------------|----------|--------------|----------|---------------|----------|----------------|-----------|
| | li. | re. | li. | re. | li. | re. | li. | re. | li. | re. |
| Allgemeinmedizin/Sektor der ambulanten hausärztlichen Versorgung | 27 | – | 25 | – | 6 | 1 | 16 | – | 74 | 1 |
| Gebiete | 82 | 6 | 46 | 2 | 19 | 1 | 42 | – | 189 | 9 |
| Fakultative Weiterbildungen | 3 | – | 1 | – | – | – | 3 | – | 7 | – |
| Fachkunden | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Schwerpunkte | 11 | – | 8 | – | 4 | – | 7 | – | 30 | – |
| Zusatz-Weiterbildungen | 29 | 2 | 22 | – | 11 | 1 | 12 | 1 | 74 | 4 |
| Anträge insgesamt | 152 | 8 | 102 | 2 | 40 | 3 | 80 | 1 | 374 | 14 |
| Überprüfungen | 81 | – | 55 | – | 22 | 2 | 24 | – | 182 | 2 |

Tabelle: Weiterbildungsbefugnisse. Voll/teilweise entsprochen (li.), abgelehnt/zurückgelehnt (re.).